

Unstatistik des Monats: Hexenjagd wegen korrekter Fakten

Dortmund/
Essen/Berlin,
31. Januar 2018

Die Unstatistik des Monats Januar hat zum Thema, was einem Statistiker widerfahren kann, der eine „Unstatistik“ aufdeckt und korrigiert. Im Jahr 2009 behauptete das hellenische Amt für Statistik (Elstat), das griechische Haushaltsdefizit betrage 13,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Diese Behauptung wurde vom Europäischen Amt für Statistik (Eurostat) als nicht korrekt moniert. Im Jahr 2010 berechnete der neue Elstat-Präsident Andreas Georgiou das Haushaltsdefizit korrekt nach den europäischen Standards, korrigierte es auf 15,4 Prozent des BIP und wurde dafür von Eurostat mehrfach gelobt.

Nicht aber von der griechischen Politik. Georgiou wird seitdem mit Anklagen überzogen, etwa weil er mit der Veröffentlichung des korrekten Haushaltsdefizits strengere Reformauflagen und einen Schaden von 171 Milliarden Euro für Griechenland verursacht hätte. Oder weil seine Nachfrage, warum nicht gegen seine Vorgänger ermittelt würde, die gefälschte Zahlen veröffentlicht hätten, als üble Nachrede gewertet wurde (und deshalb zu einer Geldstrafe verurteilt wurde). Darüber hinaus wurde er wegen eines Formfehlers zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt, weil er vor der Veröffentlichung der korrekten Haushaltszahlen den politisch besetzten Aufsichtsrat von Elstat nicht konsultiert hätte. Inzwischen haben mehrere Nobelpreisträger und vierzig Statistikorganisationen einen Protestbrief unterzeichnet und die Einstellung der Verfahren gegen Georgiou gefordert.

Und in Deutschland? „Alternative Fakten“ wurde zum Unwort des Jahres gekürt, in zahllosen Talk Shows wird über „Fake News“ berichtet und Politiker verabschieden Gesetze zur Einschränkung von deren Verbreitung. Aber die staatliche Verfolgung eines Statistikers, der korrekte Zahlen veröffentlicht, wird weitgehend ignoriert. Diskussionen in Talkshows finden nicht statt. Und die Bundesregierung äußert sich grundsätzlich nicht zu gerichtlichen Verfahren im Ausland.

Auch von den deutschen Medien berichteten nur wenige über den Fall Georgiou, darunter die „[Frankfurter Allgemeine Zeitung](#)“ und die „[Zeit](#)“. Anscheinend wird die Bedeutung korrekter und von politischen Einfluss unabhängiger Statistiken für die Demokratie auch in Deutschland noch nicht ausreichend gewürdigt.

Der oben genannten Protestaktion kann man sich [hier](#) anschließen. Diese Netzseite liefert auch detaillierte Informationen zum Fall Georgiou.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Thomas Bauer,
Jörg Schäfer (Pressestelle RWI),

Tel.: (0201) 8149-264
Tel.: (0201) 8149-244

Mit der „Unstatistik des Monats“ hinterfragen der Berliner Psychologe Gerd Gigerenzer, der Dortmunder Statistiker Walter Krämer und RWI-Vizepräsident Thomas K. Bauer jeden Monat sowohl jüngst publizierte Zahlen als auch deren Interpretationen. Alle „Unstatistiken“ finden Sie im Internet unter www.unstatistik.de.